

**Zeulenroda - Triebes,
Grundhafter Straßenausbau der Giengener Straße
von der Kreuzung Friedrich-Engels-Straße bis Haus-
nummer 21**

Baubeschreibung

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkungen	3
0. Bauteil 0 - Gemeinsame Leistungen	4
0.1. Auftraggeber.....	4
0.2. Bauteilgliederung, Leistungsgrenzen.....	4
0.3. Bauzeitraum, Bearbeitungsumfang, technologische Teilabschnitte.....	4
0.4. Bearbeitungsunterlagen	4
0.5. Lage der Baustelle	4
0.6. Verkehrsführung während der Bauzeit / Baustraßen	4
0.7. Beweissicherung	5
0.8. Kampfmittelgefährdung.....	6
0.9. Lager- und Arbeitsplätze.....	6
0.10. Ver- und Entsorgungsabschlüsse.....	6
0.11. Archäologische Funde	6
0.12. Baum- und Pflanzenschutz	6
0.13. Müll- und Wertstoffbereitstellung	6
0.14. Schutz von Grenzsteinen, Vermarkungen etc.	7
0.15. Absteckung und Höhenbezug.....	7
0.16. Bestandsaufnahme	7
0.17. Sicherheits- und Gesundheitsschutz	7
0.18. Unfallverhütung und Arbeitsschutz	8
0.19. Baubehelfe	8
0.20. Schutzgebiete.....	8
0.21. Trinkwasserschutzzonen.....	8
0.22. Vorflutverhältnisse.....	8
0.23. Überschwemmungsgebiet.....	8
0.24. Angaben zum Baugrund und hydrologische Verhältnisse.....	8
0.25. Leitungsbestand	8
1. Baubeschreibung bzgl. Bauteile 1 bis 4.....	10
1.1. Beschreibung der Baumaßnahme	10
1.2. Begrünung / Böschung.....	10
1.3. Baugrund.....	10
1.4. Oberflächenentwässerung/Planumsentwässerung	10
1.5. Markierung / Beschilderung	11
1.6. Koordinierung Träger öffentlicher Belange	11
1.7. Wasserhaltung	11
1.8. Baubehelfe	12
1.9. Stoffe / Bauteile	12
1.10. Umweltschutz / Abfälle.....	13
1.11. Winterbau	16
1.12. Sicherungsmaßnahmen	16
1.13. Vermessungsleistung / Aufmaßverfahren.....	16
1.14. Nachweise / Prüfungen	17
1.15. Unfallverhütung	18

Vorbemerkungen

Allgemeine Anmerkungen zum Leistungsverzeichnis

1. Der Bieter sollte sich vor Abgabe seines Angebotes mit der Örtlichkeit vertraut machen und im Ergebnis seiner Ortsbesichtigung anhand der Leistungstexte in Verbindung mit der Baubeschreibung die Preisbildung gestalten. Bei Unklarheiten und/oder festgestellten Abweichungen besteht die Pflicht gem. VOB, den AG zu informieren bzw. Rücksprache zu nehmen.
2. Hat der durch Auftragserteilung vertraglich gebundene Bieter (AN) Bedenken gegen die Angaben der örtlichen Bauüberwachung bzw. Bauoberleitung, so hat er den AG darauf unverzüglich vor Beginn der Leistungsausführung in Textform mit Begründung hinzuweisen.
3. Vom Bieter angebotene Einheitspreise können auf alle Bauteile/Abschnitte der Gesamtausschreibung übertragen werden, soweit sie innerhalb der nach VOB definierten Grenzen für Mengenüber- bzw. -unterschreitungen liegen. Überschreiten die zu kumulierenden Mengen aus den Bauteilen/Abschnitten diese Grenzen, sind sie für die Nachtragskalkulation anzusetzen.
4. Sind für Ausführung von Leistungen Sondergenehmigungen erforderlich (z.B. Aufhebung Wochenendfahrverbot, Wochenendarbeit, Betriebsgenehmigungen außerhalb regulärer Arbeitszeiten, sonstige Ausnahmegenehmigungen), so sind diese durch den AN im Rahmen seines erarbeiteten Bauablaufes bei den zuständigen Behörden zu beantragen und dem AG vor Leistungsausführung vorzulegen.
5. Sollen in Verbindung mit den Bauleistungen private bzw. öffentliche Grundstücke Dritter genutzt werden, so sind dem AG vor Nutzungsbeginn Gestattungsnachweise und nach Nutzungsende entsprechende Freistellungsbescheinigungen beizubringen.
6. Bei Schriftwechsel und Rechnungslegung ist immer die im Auftragsschreiben festgelegte Bezeichnung der Baumaßnahme und, sofern zutreffend, die Baumaßnahmennummer des AG anzugeben. Eine Unterlassung kann die Verzögerung der Bearbeitung oder letztlich die Zurücksendung der Unterlagen auslösen. Diesbezügliche finanzielle Forderungen werden abgewiesen.
7. Soweit durch Mengenmehrungen und/oder Nachtragsleistungen die Auftragssumme um mehr als 10 v. H. überschritten wird, muss zwingend eine beidseitige Nachtragsvereinbarung geschlossen werden. Alle anfallenden Nachtragsleistungen und Angebotsänderungen sind mengenmäßig überschläglich zu ermitteln, zu begründen, zu kalkulieren und dem AG wie folgt gegliedert zur Prüfung vorzulegen:
 - verbale Beschreibung der zusätzlichen bzw. geänderten Leistungen mit Begründung des Erfordernisses
 - Leistungsverzeichnis mit überschläglich ermittelten Fordersätzen
 - ggf. Darstellung der dafür entfallenden Leistungspositionen
 - offene Kalkulation auf der Basis der Urkalkulation
8. Neue Einheitspreise sind auf der Grundlage der Urkalkulation zu bilden. Für Kostensätze von Material, sonstigen Leistungen und Angaben, welche nicht aus der Urkalkulation ableitbar sind, behält sich der AG vor, zur Aufklärung bzw. Nachweis die entsprechenden Rechnungen und/oder Angebote vorlegen zu lassen.
9. Negative Einheitspreise für OZ sind zugelassen, bei deren Durchführung der Bieter vermögenswerte Güter erhält und dies bei seiner Kalkulation berücksichtigt.

0. Bauteil 0 - Gemeinsame Leistungen

0.1. Auftraggeber

Das Bauvorhaben wird als Gemeinschaftsmaßnahme folgender Beteiligter umgesetzt:

- Stadt Zeulenroda-Triebes
- Energiewerke Zeulenroda GmbH (EWZ)

0.2. Bauteilgliederung, Leistungsgrenzen

Die Maßnahme setzt sich aus folgenden Bauteilen zusammen:

BT 0 - Allgemeines	(anteilig EWZ und Stadt)
BT 1 - Straßenbau	(Stadt)
BT 2 - Straßenentwässerung	(Stadt)
BT 3 - RW-Kanal	(Stadt)
BT 4 - Breitbandausbau (Tiefbau und Leerrohrverlegung)	(Stadt)
BT 5 - Tiefbau Gas	(EWZ)

0.3. Bauzeitraum, Bearbeitungsumfang, technologische Teilabschnitte

Grundsätzliches

Die Bauausführung unterliegt strengsten Zeitvorgaben, da durch die Vollsperrung Behinderungen für private, öffentliche und gewerbliche Anlieger im direkten Baugebiet entstehen.

Der Auftragnehmer ist zur Sicherung der kürzesten Bauzeit verpflichtet.

Erforderliche Reservetage für Schlechtwetter sind einzuplanen.

Der Einsatz von Großtechnik und schweren Transportfahrzeugen bedarf einer optimalen Ergänzung mit Kleinmechanismen bzw. manuellen Leistungen.

Bauzeitraum

Baubeginn: August 2026

Bauende Juli 2027

0.4. Bearbeitungsunterlagen

Planungsgrundlage für die vorliegende Planung waren folgende Unterlagen:

- Entwurfsvermessung von Ingenieur- und Vermessungsbüro Kramer GmbH, Oktober 2025
- Geotechnischer Bericht von Bodenmechanisches Labor Gumm, März 2026
- Bestandsunterlagen der vorliegenden Versorgungsträger.

0.5. Lage der Baustelle

Die Giengener Straße befindet sich im südwestlichen Teil des Stadtgebietes und verbindet die Friedrich-Engels-Straße mit der Dr.-Otto-Nuschke-Straße. Sie dient hauptsächlich der Aufnahme des Quell- und Zielverkehrs der angrenzenden Wohneinrichtungen, der Friedrich-Solle-Regelschule sowie umliegenden Dienstleistungseinrichtungen.

0.6. Verkehrsführung während der Bauzeit / Baustraßen

Es ist vorgesehen, die Maßnahme unter Vollsperrung des Durchgangsverkehrs zu realisieren. Der Auftragnehmer ist für alle Maßnahmen zur Verkehrsführung und Verkehrssicherung vom Beginn der Bautätigkeit bis zum Tag der Endabnahme der beauftragten Bauleistungen verantwortlich. Er hat alle Maßnahmen zur Sicherung und Regelung des Verkehrs innerhalb der Baustelle, die wegen der von ihm ausgeführten Arbeiten erforderlich sind, auch außerhalb der Arbeitszeit durchzuführen. Dies gilt auch für ggf. notwendige witterungsbedingte Unterbrechungen.

Jegliche Aufwendungen für wechselnde Verkehrsführungen (Anpassungen an Bauphasen) werden, soweit nicht in Leistungspositionen erfasst, nicht gesondert vergütet.

Der AN muss eine verkehrsrechtliche Anordnung einholen, es sind Umleitungs- und Beschilderungspläne zu erstellen.

Die verkehrsrechtliche Anordnung und die Beschilderungen sind ständig dem Baufortschritt anzupassen.

Für den gesamten Bauabschnitt gilt:

Der Fußgängerverkehr ist vom AN ständig sicherzustellen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt hierfür nicht.

Der Fußgängerverkehr ist barrierefrei und behindertengerecht herzustellen. Entsprechende Einrichtungen zur Verkehrssicherung sind vorzuhalten. Die Abstimmungen zur Erreichbarkeit der sich im Baufeld befindlichen Grundstücke sind durch die Baufirma vor Ort mit den Anwohnern zu treffen. Die Fußgängeranlagen sind ständig von Staub und Schlamm freizuhalten. Eine gesonderte Vergütung erfolgt hierfür nicht.

Der Notdienst-, Havarie-, Ver- und Entsorgungsverkehr ist in Abstimmung mit dem Baustellenverkehr ständig zu gewährleisten (z. B. mittels Stahlplatten) bzw. sind entsprechende technologisch bedingte Einschränkungen rechtzeitig anzuzeigen und abzustimmen.

0.7. Beweissicherung

Die Durchführung der Beweissicherung erfolgt durch einen vor Gericht zugelassenen, öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für Bauschäden zur Feststellung des Zustandes der vorhandenen Bausubstanz im Bereich der Baustelle.

Die Beweissicherung ist an:

- vorhandenen Gebäuden (äußere/innere straßenzugewandte Gebäudekante)
- baulichen Anlagen (Treppen, Sockelmauern, Borde, Zäune),
- Nebenanlagen (Tore, Zugänge, Zufahrten)
- Stützmauern/Mauern

für alle Bauteile durchzuführen.

Der Nachweis des vor Gericht zugelassenen, öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen ist dem AG ohne gesonderte Aufforderung vor Beginn der Beweissicherungen vorzulegen.

Der Zustand der Frei- und Nebenflächen ist vor Beginn der Arbeiten mit dem Straßenbaulastträger und den Eigentümern zu dokumentieren, der Urzustand ist nach Beendigung der Arbeiten wiederherzustellen.

Es ist eine separate Abnahme der Oberflächenwiederherstellung beim jeweiligen Lastträger zu beantragen.

Gleiches gilt für die Freiflächen, auf denen die Einbringung der Anlagen sowie der Baustellenverkehr vorgesehen sind.

Durch den AN ist eine Bauzustandsanalyse zur Baufeldübergabe und Baufeldabnahme durchzuführen. Erkennbare Schäden sind fotografisch zu dokumentieren.

Es erfolgt eine Zustandsfeststellung nach Fertigstellung in protokollarischer Form, ob sich Schadensbilder verändert haben, ob zusätzliche Schäden entstanden sind oder ob keine Veränderungen eingetreten sind.

0.8. Kampfmittelgefährdung

Eine Kampfmitteluntersuchung wurde durch die Stadt Zeulenroda nicht veranlasst.

Grundsätzlich sind Munitions- und Bombenfunde bei Erdarbeiten nicht auszuschließen. Sollten Munitionskörper gefunden werden, ist sofort die örtliche Ordnungsbehörde oder die zuständige Polizei zu benachrichtigen und die Baustelle umgehend zu sichern.

0.9. Lager- und Arbeitsplätze

Lagermöglichkeiten für Baumaterial innerhalb des Baubereiches stehen nur in sehr begrenztem Umfang zu Verfügung. Sämtliche Baumaterialien sind daher auf Zwischenlagerplätzen des AN zu lagern bzw. direkt von der Baustelle zu entfernen. Die Erschwernisse und erhöhten Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren.

0.10. Ver- und Entsorgungsabschlüsse

Ver- und Entsorgungsabschlüsse werden vom AG nicht zur Verfügung gestellt und sind durch den AN eigenverantwortlich mit den zuständigen Ver- bzw. Entsorgungsunternehmen abzustimmen.

0.11. Archäologische Funde

Dem Auftraggeber sind kulturgeschichtliche Bodenfunde unverzüglich zu melden. Ihre Lage im Gelände darf nicht verändert werden. Wenn bei der Bauausführung vorgeschichtliche Anlagen (Erd- oder Steindenkmäler, Gräber und dgl.) angetroffen werden, so hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich Anzeige zu erstatten.

Alle gefundenen Gegenstände von geschichtlichem, naturwissenschaftlichem, künstlerischem oder sonstigem Wert hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber abzuliefern. Der Auftragnehmer entsagt zugunsten des Auftraggebers allen Ansprüchen auf solche Gegenstände und verpflichtet sich, den gleichen Verzicht allen von ihm beschäftigten Arbeitern und Angestellten aufzuerlegen.

0.12. Baum- und Pflanzenschutz

Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass vorhandene Hecken an Grundstücksgrenzen zu Privatgrundstücken während der Bauarbeiten nicht beschädigt werden.

0.13. Müll- und Wertstoffbereitstellung

Der Auftragnehmer hat die Bereitstellung des anfallenden Hausmülls der Anwohner im Baubereich bzw. in der betroffenen nicht anfahrbaren Grundstückszufahrt während der Baumaßnahme als Leistung zu übernehmen.

Der Transport der Müll- und Wertstoffbehälter von den Grundstücken der Anlieger bis zur Sammelstelle ist vom AN zu übernehmen. Die Sammelstelle für die Bereitstellung sind mit den Entsorgungsunternehmen abzustimmen.

Die genauen Entsorgungstermine können bei der entsprechenden Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftszweckverband Ostthüringen (AWV-OT)) erfragt oder im Internet nachgesehen werden.

Die Müllkübel sind durch den AN im Vorfeld mit der jeweiligen Hausnummer zu beschriften. Die Grundstückseigentümer sind durch den AN zu informieren.

Die Bereitstellungszeiten sind durch entsprechende Absprachen mit den Entsorgungsunternehmen festzulegen.

0.14. Schutz von Grenzsteinen, Vermarkungen etc.

Bei Antreffen von Grenzzeichen im Baubereich sind diese durch den AN zu sichern, ebenfalls auch bisher unbekannte geodätische Festpunkte bzw. Grenzsteine.

Die AG sind danach zu informieren.

Die Wiederherstellung von durch die Bauarbeiten verrückten oder beschädigten Grenzzeichen ist nur durch eine zur Katastervermessung befugte Stelle zulässig.

Die Kosten trägt der AN.

0.15. Absteckung und Höhenbezug

Die Absteckung bezieht sich auf Koordinaten im Lagesystem ETRS 89/32 (UTM).

Für das Höhensystem gilt: NHN; Normalhöhennull, DHHN2016.

Angaben zu den besonderen Absteckpunkten in den Bauteilen sind den jeweiligen Planungsunterlagen zu entnehmen.

Die Lage und Höhe aller Anschlusspunkte, insbesondere für Entwässerung, Trinkwasser, und Gas sind rechtzeitig durch den AN mit den geplanten Höhen örtlich zu überprüfen und erforderlichenfalls im möglichen Rahmen vor Bestellung u.a. der Schächte, Rohre und Formstücke in Abstimmung mit der Bauüberwachung zu korrigieren.

0.16. Bestandsaufnahme

Die hergestellten Anlagen sind lage- und höhenmäßig auf der Basis der Anforderungen der einzelnen Auftraggeber (s. Bauteile) einzumessen und in entsprechenden Unterlagen zu dokumentieren. Erforderlichenfalls sind Schnitte in geeigneten Maßstäben anzufertigen.

Spezielle Anforderungen zur Bestandsaufnahme sind den einzelnen Bauteilen zu entnehmen und sind dort ausge- und beschrieben.

Ist innerhalb der Bauteile die Bestandsvermessung nicht ausgeschrieben, so wird sie durch den AG oder durch eine von ihm beauftragte Fremdfirma ausgeführt. Die zeitliche und räumliche Koordinierung mit dieser/en Firma/en obliegt dem AN.

0.17. Sicherheits- und Gesundheitsschutz

Die Verordnung über Sicherheits- und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung - Baustell-V) ist durch den AN zu beachten.

Der Auftragnehmer ist ab Auftragserteilung im Sinne der Baustellenverordnung der verantwortliche Dritte.

Erst nach Vorlage des SiGe-Planes dürfen die Arbeiten auf der Baustelle beginnen.

Unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch zwei Wochen vor Einrichtung der Baustelle, hat der AN eine Vorankündigung der zuständigen Behörde zu übermitteln.

Die allgemein für die Baustelleneinrichtung erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen liegen im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers.

Bei Einsatz von Nachunternehmern ist grundsätzlich ein Koordinator einzusetzen sowie eine Unterlage für spätere Arbeiten an der Anlage nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen zu erstellen.

Der Koordinator hat unter Einbeziehung der Ausschreibungsunterlage sowie aller sonstigen vom AG zur Verfügung gestellten Unterlagen eine Bestandsaufnahme zum Bauvorhaben zu machen und den SiGe-Plan auszuarbeiten.

Darin müssen mindestens enthalten sein:

- alle Tätigkeiten entsprechend Bauablauf
- Maßnahmen für besonders gefährliche Arbeiten
- gegenseitige Gefährdungen
- Festlegungen baustellenspezifischer Maßnahmen
- gemeinsam genutzte Einrichtungen
- anzuwendende Arbeitsschutzbestimmungen.

0.18. Unfallverhütung und Arbeitsschutz

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auf der Baustelle die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten und einzuhalten.

Bei eingetretenen Unfällen und/oder den Bauablauf beeinflussenden Störfällen hat der Auftragnehmer sofort nach Einleitung der erforderlichen Hilfs- und Rettungsmaßnahmen die zuständige örtliche Bauüberwachung zu verständigen und den beteiligten Auftraggebern eine schriftliche Unfallanzeige vorzulegen.

0.19. Baubehelfe

Sofern nicht gesondert im LV aufgeführt, werden Arbeits- und Schutzgerüste, Montageeinrichtungen, Baugruben und Wandsicherungen, Schutzgeländer und sonstige Baubehelfe nicht gesondert vergütet.

0.20. Schutzgebiete

In unmittelbarer Nähe zum Bauvorhaben befindet sich kein Schutzgebiet. Schutzgebiete in und um Zeulenroda sind in der Übersichtskarte dennoch informativ dargestellt.

0.21. Trinkwasserschutzzonen

Die geplante Baumaßnahme befindet sich außerhalb von Trinkwasserschutzzonen.

0.22. Vorflutverhältnisse

Es befindet sich keine Vorflut in der geplanten Baumaßnahme.

0.23. Überschwemmungsgebiet

Die Baumaßnahme befindet sich nicht im Überschwemmungsgebiet.

0.24. Angaben zum Baugrund und hydrologische Verhältnisse

Zur Beurteilung des vorhandenen Konstruktionsaufbaues und der Bodenverhältnisse führte das Bodenmechanische Labor Gumm im März 2026 Baugrunduntersuchungen durch. Die Ergebnisse wurden im geotechnischen Gutachten dokumentiert, welches Bestandteil der Ausschreibungsunterlage ist.

0.25. Leitungsbestand

Für das Bauvorhaben wurde sowohl von dem Planungsbüro als auch von der Stadtverwaltung der Leitungsbestand eingeholt und in die Planunterlagen eingearbeitet.

Alle Angaben zu vorhandenen Leitungen in den Lageplänen und Schnitten sind den Unterlagen der Versorgungsträger entnommen und erheben keinen Anspruch auf Lagegenauigkeit und Vollständigkeit.

Vor Baubeginn sind die entsprechenden Schachtscheine und die aktuelle Leitungsauskunft durch den Bauausführenden bei den Versorgungsträgern einzuholen, deren Auflagen und Hinweise zu beachten und die Lage der Leitungen und Kabel in der Örtlichkeit zu markieren.

Die Korrektheit der Bestandsunterlagen ist vor Aufgrabungsbeginn durch Suchschachtungen zu überprüfen. Suchschachtungen sind insbesondere im Bereich der Durchlässe zur Überprüfung der Tiefenlage erforderlich.

Die einschlägigen Sicherheitsvorschriften der einzelnen Versorgungsunternehmen sind hierbei einzuhalten.

Zu Leitungs- und Kabelsicherungen wird es vor allem bei der Errichtung der Grundstücksanschlüsse kommen. Die genaue Lage und Tiefe von evtl. vorhandenen Medien sind nicht bekannt.

Für Umverlegungen oder Sicherungsmaßnahmen sind verantwortliche Bauleiter der jeweiligen Versorgungsträger rechtzeitig hinzuzuziehen.

Über den Bedarf und Umfang von Leitungsumverlegungen ist vor Ort mit dem entsprechenden Versorgungsunternehmen zu entscheiden.

1. Baubeschreibung bzgl. Bauteile 1 bis 4

1.1. Beschreibung der Baumaßnahme

Die Stadt Zeulenroda-Triebes beabsichtigt, im Rahmen einer Gemeinschaftsmaßnahme mit den Energiewerke Zeulenroda GmbH die Giengener Straße zu erneuern.

Die Stadt Zeulenroda-Triebes plant den grundhaften Straßenausbau eines Teilabschnittes der Giengener Straße zwischen der Hausnummer 21 und dem Knotenpunktbereich Friedrich-Engels-Straße.

Der geplante Erneuerungsbereich erstreckt sich auf einer Länge von ca. 185 m.

Die einmündenden Straßen werden an den neuen Verlauf der Fahrbahnränder der Giengener Straße in Lage und Höhe angeglichen.

Die grundhafte Erneuerung der Fahrbahn erfolgt in der Regel in einer Breite von 6,00 m. Dies gewährleistet den Begegnungsfall Bus/Bus mit eingeschränkten Bewegungsspielräumen (vgl. RAST 06, Kap. 4.2).

Auf Wunsch des AG sind beidseitig Gehwege mit einer Breite von mind. 2,00 m zu errichten. Bis auf wenige Ausnahmen ist dieses Mindestmaß realisierbar.

Die Fahrbahn der Giengener Straße wird beidseitig mit Borden eingefasst.

Für die Befestigung der Gehwege ist graues Betonsteinpflaster (20x10x8 cm) vorgesehen. Grundstückszufahrten sind mit rotem Betonsteinpflaster mit ebenfalls einer Dicke von 8 cm zu befestigen. Es erfolgt keine Abgrenzung der Zufahrten von Gehwegflächen mittels Tiefborden oder Einzeilern.

Restflächen an der Hinterkante des Gehweges sind mit Mosaikpflaster auszuflastern.

1.2. Begrünung / Böschung

Im Ausbaubereich ist keine Begrünung vorhanden oder geplant.

1.3. Baugrund

Zur Beurteilung des vorhandenen Konstruktionsaufbaus und der Bodenverhältnisse führte *Bodenmechanisches Labor Gumm* Baugrunduntersuchen durch. Die Ergebnisse wurden im geotechnischen Bericht vom 31.03.2026 dokumentiert.

Laut Baugrundgutachten sind u.U. Bodenverbesserungsmaßnahmen notwendig. Sind diese durchzuführen, ist laut Gutachten ebenfalls Geotextil (GRK3) zu verlegen.

Das Gutachten wird den Unterlagen der Vergabeunterlagen hinzugefügt, sodass detaillierte Angaben zum Baugrund dem Gutachten zu entnehmen sind.

1.4. Oberflächenentwässerung/Planumsentwässerung

- Oberfläche

Die Abführung des Oberflächenwassers der Verkehrsflächen erfolgt entlang der Fahrbahnrandeinfassungen zu neu zu errichtenden Straßeneinläufen 300x500, Klasse D 400 mit Pultaufsatz, die einen Anschluss an den vorhandenen bzw. neu zu errichtenden Regenwasserkanal bzw. des vorh. Mischwasserkanals des ZV WAZ erhalten. Der WAZ erneuert seinen Kanal (vor der hier beschriebenen Baumaßnahme) im Juli 2026. Das Planungsbüro hat über den AG dem WAZ die Anschlusshöhen des Regenwasserkanals übergeben, sodass die entsprechenden Anschlüsse an den Schächten vom WAZ vorbereitet werden können. Im Zuge der Straßenerneuerungsmaßnahme ist der Regenwasserkanal an den vorgesehenen Anbindehöhen anzuschließen.

Auf Wunsch des AG werden die Abläufe ohne Geruchsverschluss hergestellt.

Die Abläufe A7; A8; A9 sowie A10 sind verkürzt herzustellen.

Unter Rücksprache mit dem AG sind bei den Abläufen A11 und A12 lediglich die Aufsätze zu erneuern. Es sind barrierefreie Pultaufsätze (wie z. B. ACO PF Combipoint PP) einzubauen.

- Planum

Das Planum ist entsprechend der Fahrbahnquerneigung auszubilden.

Die Entwässerung erfolgt über Teilsickerrohre in der Nennweite DN 100, die an die Anschlussleitungen der Straßeneinläufe angeschlossen werden.

1.5. Markierung / Beschilderung

Im Ausbaubereich ist keine Markierung vorhanden oder geplant. Die Beschilderung ist dem Beschilderungsplan (Unterlage 16.2/1) zu entnehmen.

1.6. Koordinierung Träger öffentlicher Belange

Bestand

Im Januar 2026 wurde seitens des Planungsbüros eine TöB-Abfrage durchgeführt. Vorhandene Medien sind im Koordinierungsplan eingetragen und wurden bei der Planung berücksichtigt.

Im Bestand sind folgende Träger vertreten:

- Deutsche Telekom AG
- Kabel Deutschland/Vodafone GmbH
- Zweckverband Wasser /Abwasser Zeulenroda (WAZ)
- Thüringer Energienetze GmbH (TEN)
- Energiewerke Zeulenroda GmbH

Planung

-Straßenbeleuchtung

Die Straßenbeleuchtung in der Giengener Straße wurde schon im Vorfeld erneuert. In Rücksprache mit dem AG ist der SB-Mast im westlichen Gehweg der A.-Bebel-Str. näher zur Giengener Straße zu versetzen.

-Gas

Im Zuge der Baumaßnahme sind Gasleitungen zu erneuern. Die entsprechende Planung für die Verlegung der Gasleitung haben die EWZ selbst übernommen. Die Leistungen für die benötigten Tiefbauarbeiten sind dem Planungsbüro zugearbeitet worden und im LV festgehalten.

-Breitband

Auf Wunsch des AG ist in beiden Gehwegen eine Verlegung von Schutzrohren vor für eine zukünftige Verlegung vom Breitband. Im Bereich der Einmündung „August-Bebel-Straße“ ist eine Straßenquerung vorzusehen.

-Mischwasserkanal/Trinkwasserleitungen

Abschnitte des Mischwasserkanals werden vor der hier beschriebenen Baumaßnahme bereits erneuert.

Sollte sich ein Trinkwasserschieber im Bordverlauf befinden, ist eine örtliche Klärung/Abstimmung notwendig. Eine grundsätzliche Erneuerung der TWL ist nicht geplant.

-Sonstige

Deutsche Telekom AG, Vodafone GmbH und die TEN beabsichtigen keine Erneuerung der Anlagen im Rahmen der Baumaßnahme.

1.7. Wasserhaltung

Die Ableitung des Oberflächenwassers während der Bauzeit ist ausschließlich Sache des AN und ist in die Leistung einzurechnen.

1.8. Baubehelfe

Sofern nicht gesondert im LV aufgeführt, werden Arbeits- und Schutzgerüste, Montageeinrichtungen, Baugruben- und Wandsicherungen, Schutzgeländer und sonstige Baubehelfe nicht gesondert vergütet.

1.9. Stoffe / Bauteile

Hinsichtlich der Lieferung von Stoffen und Bauteilen wird explizit auf die Regelungen der VOB C DIN 18299 Punkt 2.1.1 hingewiesen.

Die Zugabe von Wasser im Erdbau und zur Herstellung von Schichten im Oberbau ist keine besondere Leistung und wird daher nicht gesondert vergütet.

Frostschutzmaterial

Materialien verschiedener Lieferwerke dürfen nicht vermischt werden.

Das für den Einbau vorgesehene Frostschutz- und/oder Recyclingmaterial ist ausschließlich leistungsbezogen sortenrein (von einem Lieferwerk) zu verwenden.

Im Rahmen der Eigenüberwachung sind dem AG auf Anforderung zusätzliche Nachweise einer qualitätsgerechten Materiallieferung zu übergeben.

Die Verwendung von Recyclingmaterial als Bestandteil der ungebundenen Konstruktion ist nur möglich, wenn dazu Leistungspositionen vorgesehen sind oder entsprechende Nebenangebote abgefordert werden.

Bindemittel

Bindemittel aufsprühen

Die ordnungsgemäße Verklebung der Asphaltsschichten muss über einen ausreichenden Schichtenverbund gesichert werden.

Bindemittel im Asphaltmischgut

Die Zusammensetzung von Asphaltmischgut ist so abzustimmen, dass der notwendige Bindemittelgehalt erreicht wird oder bei fehlender Vorgabe nicht im unteren Grenzbereich liegt. Bei Verwendung von Gesteinsgemischen mit einer Rohdichte größer als $2,8 \text{ g/cm}^3$ wird bei einer Unterschreitung der Grenzwerte auf die Nachweispflicht für einen ausreichenden Bindemittelgehalt entsprechend ZTV Asphalt verwiesen. Der bloße Vermerk auf die Gesteinsroh-dichte gilt als nicht ausreichend.

Die Zugabe von Ausbauasphalt in Tragschicht und Binder kann zu einer Abweichung der vertraglich geforderten Bindemittelhärte führen. Ausgehend davon hat der AN im Eignungsnachweis in jedem Fall die resultierende Bindemittelhärte zu ermitteln und anzugeben. Bei Abweichungen kann der AG den Eignungsnachweis mit der zugehörigen Erstprüfung ablehnen.

Es wird darauf hingewiesen, dass für alle Bitumen-, Asphalt- und Asphaltmischgutprodukte keine Materialgleitklauseln vereinbart sind. Die Preisentwicklung ist vor Angebotsabgabe zu erkunden und in die Einzelpreise der jeweiligen Leistungspositionen einzurechnen.

Asphaltschichten

Sämtliche Asphaltschichten sind am Bord geführt einzubauen.

Anhand des mit den Ausschreibungsunterlagen ausgegebenen Lageplans hat der Bieter seine Einbautechnologie so zu konzipieren, dass durch einen vollflächigen Einbau Längs- und Quernähte weitestgehend vermieden werden.

Die Flächengeometrie ist im Zuge der Kalkulation auf Über- und/oder Unterbreiten zu prüfen, um die nahtlose Herstellung der Schichten mittels einem oder mehrerer Fertiger zu gewährleisten.

Diese vorgenannten Aufwendungen sind für die Herstellung der jeweiligen Schicht einzurechnen.

Die Ränder der Asphaltschichten sind parallel, in Verziehungen stetig zur Straßenachse der anliegenden Fahrspur durchzuführen.

Der Einsatz von Beschickereinheiten zur Herstellung von Asphaltschichten ist zulässig.

Tragschichten

Der Auftragnehmer hat ausgehend von den Erstprüfungen der Mischgutlieferanten maßnahmekonkret und bezogen auf die entsprechenden Ordnungszahlen vertragskonforme Eignungsnachweise vorzulegen.

Der Auftraggeber behält sich vor, Sondernischgüter auszuschreiben, welche von den Lieferbedingungen der TL Asphalt - StB abweichen können.

Die Aufwendungen für das Erstellen der dazu erforderlichen Erstprüfungen einschließlich Zertifizierungen werden nicht gesondert vergütet.

Deckschichten

Alles unter dem eben beschriebenen Punkt „Tragschichten“ gilt auch für Deckschichten.

Deckschichten sind grundsätzlich ohne Nähte herzustellen. Nur wenn halbseitige Bauweise unabwendbar ist, sind Längsnähte nach Abstimmung und Bestätigung durch den AG auszuführen. Ausbauasphalt wird nicht zugelassen.

Wiederverwendung von Ausbauasphalt-Granulat

Die Wiederverwendung von Asphaltausbaugranulat in Mischgütern erfolgt nach TL Asphalt - StB und unter Beachtung der Regelungen.

1.10. Umweltschutz / Abfälle

Bemühungsklausel

Nach den gültigen Umweltgesetzen und Vorschriften sind alle im Zuge dieser Baumaßnahme anfallenden Aushubböden und Straßenausbaustoffe Abfälle, soweit diese nicht im Rahmen des hier ausgeschriebenen Vorhabens (späterer Bauvertrag) zur Weiter- bzw. Wiederverwendung vorgesehen sind.

Der Bieter erklärt daher sein grundsätzliches Bemühen, Abfälle zu vermeiden und insbesondere Erdaushub- und Straßenausbaustoffe gemäß den Möglichkeiten und Spielräume der gültigen Gesetze, Vorschriften und Richtlinien einer Weiterverwendung und/oder Verwertung zuzuführen.

Sachherrschaft/Nachweise/Probenahme

Die Sachherrschaft über die im Bereich des Straßenbaus anfallenden Abfälle verbleibt beim AG.

Die Übernahme sowie die vollständige, ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung der Abfälle und Ausbaustoffe hat unter Beachtung der geltenden Gesetze, zugehörigen Verordnungen sowie einschlägiger umwelt- und abfallrechtlicher Bestimmungen zu erfolgen.

Sofern der AN nicht selbst die Anforderungen für die in den weiteren besonderen Vertragsbedingungen geforderten abfalltechnischen Tätigkeiten erfüllt, hat er für die entsprechenden abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten (einschließlich eventueller Lagerung) ausschließlich Entsorgungsbetriebe zu beauftragen.

Verlangt ein vom AN vorgesehener Entsorger/Transporteur zusätzliche bzw. weitere Deklarationen bzw. Analysen des Abfalls, so hat der AN dies dem AG rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor Beginn der Arbeiten, bei der der Abfall anfällt, anzuzeigen. Für die analytische Untersuchung beauftragt der AN die vom AG bestimmte Institution (z.B.: Prüfstelle, Labor etc.) – und trägt die anfallenden Kosten.

Probenahmen dürfen nur in Abstimmung mit dem AG und in dessen Beisein erfolgen.

Werden bei der Bauausführung Abfälle oder Ausbaustoffe angetroffen, deren Abfalleigenschaften von den Angaben im Bauvertrag abweichen, so hat der AN den AG unverzüglich von diesem Sachverhalt in Kenntnis zu setzen. Erforderliche Deklarationsanalysen einschließlich Probenahmen werden vom AG veranlasst. Bis zur Probenahme am unberührten Material sind die Arbeiten zur Aufnahme dieses Materials zu unterbrechen.

Nicht gefährliche Abfälle

Es ist ein Nachweis der durchgeführten Entsorgung zu erbringen. Darin bestätigt der AN durch Unterschrift die Richtigkeit der dort gemachten Angaben zum Transport und der Entsorgungsbetrieb durch Unterschrift die Annahme des Abfalls. Auf besondere Anforderung des AG sind jederzeit die entsprechenden Wiegescheine einschließlich der entsprechenden Zusammenstellung vorzulegen. Wenn Wiegescheine vorgelegt werden sollen, müssen diese mindestens den Namen und die Anschrift des Entsorgungsbetriebes sowie das Datum und die Uhrzeit der Wägungen enthalten.

Für „nicht gefährliche“ Abfälle aus Straßenbaumaßnahmen ist eine Erlaubnis nach § 54 KrWG zum Transport der Abfälle nicht erforderlich. Es reicht eine Anzeige nach § 53 KrWG.

Fällt bei der Baumaßnahme nicht aufbereitetes Bodenmaterial/Baggergut (BM/BG) im Sinne der Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV, kurz EBV) an und erfolgt ein Inverkehrbringen dieses Materials, ist vom Auftragnehmer hierfür gemäß § 25 EBV ein Lieferschein nach dem Muster der Anlage 7 der EBV auszustellen. Der Lieferschein ist dann nicht erforderlich, wenn die abzugebende Menge 200 t unterschreitet und es sich um Bodenmaterial/Baggergut der Klassen 0, 0* bzw. F0* handelt. Der Lieferschein ist dem Auftraggeber als Durchschrift oder Kopie fortlaufend in elektronischer Form zu übermitteln.

Gefährliche Abfälle

Der Transport von gefährlichen Abfällen bedarf einer Erlaubnis nach § 54 KrWG. Besitzt der Beförderer ein Zertifikat als Entsorgungsfachbetrieb, reicht eine Anzeige nach § 53 KrWG aus. Die Nachweise hierfür sind nach Zuschlagserteilung, spätestens zur Bauanlaufberatung vorzulegen.

Vor Baubeginn benennt der AN schriftlich dem AG die für den rechtmäßigen Umgang mit den anfallenden Ausbaustoffen bzw. Abfällen verantwortliche Person und dessen Vertreter.

Der AN hat dem AG bzw. dessen Bevollmächtigten spätestens 7 Werktage vor Leistungsbeginn die genaue zeitliche Abfolge der Ausbaurbeiten sowie die Menge der anfallenden gefährlichen Abfälle schriftlich anzumelden.

Die Folgen unvollständiger bzw. verspäteter Angaben gehen zu Lasten des AN.

Der AN bzw. die von ihm benannte verantwortliche Person hat sicher zu stellen, dass der gesamte elektronische Schriftverkehr (Entsorgungsnachweis, Begleitscheine etc.) im elektronischen Postfach des Bevollmächtigten des AG abgelegt wird.

Ergänzende Untersuchungen (Haufwerksuntersuchungen, verdichtende Untersuchungen)

Sind für ergänzende Untersuchungen Haufwerksbeprobungen erforderlich, erfolgt die Herstellung der Haufwerke durch den AN auf gesonderte Anweisung des AG und in dessen Anwesenheit. Die vom AN bereitzustellenden Zwischenlager sind so zu gestalten, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert bzw. auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Bei nicht gefährlichen Abfällen übernimmt der AG (bzw. der für ihn tätige Kontrollprüfer) die Probenahme und die Analytik und legt den weiteren Entsorgungsweg fest. Bei gefährlichen Abfällen erfolgt die Probenahme durch den Bevollmächtigten des AG unter Mitwirkung des AN. Analytik und Auswertung der Ergebnisse werden durch den Bevollmächtigten des AG veranlasst, der in Abstimmung mit dem AG den Entsorgungsweg festlegt.

Nachweisverfahren beim Ausbau und der Entsorgung von gefährlichen Abfällen:

Für gefährliche Abfälle ist das elektronische Abfallnachweisverfahren (eANV) zu führen. Der Straßenbaulastträger als AG ist der Abfallerzeuger und führt den Entsorgungsnachweis. Der Entsorgungsnachweis wird vom AG bzw. dessen Bevollmächtigten mit dem vom AN verbindlich benannten Entsorger geführt. Die Fristen gemäß Nachweisverordnung sind einzuhalten. Die Folgen verspäteter oder unvollständiger Angaben gehen zu Lasten des AN.

Folgender Ablauf ist im Grundverfahren vorgesehen:

- a) Der AN liefert dem AG die notwendigen Daten des Entsorgers
- b) Der AG erstellt mit diesen Daten den Entsorgungsnachweis gem. eANV und verschickt diesen elektronisch an den Entsorger.
- c) Der Entsorger prüft die Daten, signiert die Annahmeerklärung (AE) und schickt diese elektronisch an die zuständige Entsorgerbehörde weiter.
- d) Die Entsorgerbehörde muss dem Abfallerzeuger (AG) den Eingang der Nachweiserklärungen innerhalb von 12 Tagen bestätigen, sofern sie die Zulässigkeit des beabsichtigten Entsorgungspfades nicht innerhalb dieser Frist bestätigt. Die Entsorgerbehörde muss innerhalb von 30 Tagen über die Zulässigkeit des beabsichtigten Entsorgungspfades entscheiden. Die Frist kann durch Aufforderung zur Ergänzung der Nachweiserklärungen bzw. zur Vorlegung weiterer Unterlagen unterbrochen werden. Die Entsorgerbehörde erteilt eine Entsorgungsnachweisnummer und versendet den Entsorgungsnachweis mit Behördlicher Bestätigung (BB) an den AG und den Entsorger.

Erst nach Behördlicher Bestätigung kann die tatsächliche Entsorgung erfolgen. Falls der verbindlich benannte Entsorgungsbetrieb im Besitz einer behördlichen Bestätigung zur Teilnahme am privilegierten Verfahren ist, entfällt die behördliche Bestätigung zur vorgesehenen Entsorgung (Ablauf im Grundverfahren, Schritt d).

Führen der Verbleibnachweise (Begleitscheine):

Es besteht die Pflicht zur elektronischen Signatur für alle Beteiligten.

Nach Maßgabe der für sie bestimmten Aufdrucke auf den Ausfertigungen der Begleitscheine hat die für den rechtmäßigen Umgang mit den anfallenden Ausbaustoffen bzw. Abfällen verantwortliche Person des AG (Bevollmächtigter) als Abfallerzeuger spätestens bei Übergabe, der Beförderer spätestens bei Übernahme sowie der Abfallentsorger spätestens bei Annahme der Abfälle die Begleitscheine auszufüllen und elektronisch (mit Signierkarte und Kartenlesegerät) zu signieren. **Die Reihenfolge der Unterschriftsleistungen ist zwingend vorgeschrieben und einzuhalten.** Die Zustimmung des Abfallerzeugers zur elektronischen Signatur des Beförderers an anderer Stelle als am Ort der Übergabe ist gem. § 19 (2) NachwV schriftlich und vor Durchführung der Beförderung zu erteilen.

Vor Übergabe der Abfälle signiert der Bevollmächtigte des AG. Je Begleitschein werden 2 Ausdrücke zur Quittierung der Übernahme erstellt und zur Baustelle gebracht, sofern der AN nicht vor Ort elektronisch signieren kann. Bei Übernahme der Abfälle signiert der Abfallbeförderer (der LKW-Fahrer). Das kann zunächst handschriftlich erfolgen, der Name muss lesbar dazugesetzt werden. Der Erzeuger und der Beförderer erhalten jeweils eine der beiden (hand)signierten Ausdrücke des Begleitscheins.

Der Entsorgungsnachweis ist in Kopie, der Begleitschein als Ausdruck des im eANV erstellten Begleitscheins mit den Unterschriften des Erzeugers und des Beförderers in jedem Fahrzeug des Beförderers mitzuführen.

Alle Unterlagen im Rahmen der Nachweisverfahren sind dem AG bzw. dessen Bevollmächtigtem unaufgefordert im unmittelbaren Anschluss an die Entsorgungsmaßnahme, spätestens jedoch 3 Tage danach, zu übergeben.

Ergebnisse von Probenahmen ohne Zustimmung des AG werden nicht anerkannt.

1.11. Winterbau

Es ist eine Winterpause vorzusehen.

1.12. Sicherungsmaßnahmen

Die Sicherung der Baustelle ist ausschließlich Sache des AN.

1.13. Vermessungsleistung / Aufmaßverfahren

Der AN hat während der Bauzeit neu errichtete, veränderte oder entdeckte unterirdische Bauwerke bzw. Leitungen in Lage und Höhe einzumessen, entsprechende Einmessskizzen von immer auffindbaren Punkten in Abstimmung mit dem AG anzufertigen und die wesentlichen Angaben in die Bestandszeichnungen einzutragen. Teil der Bestandsunterlagen sind streckentypische Regelquerschnitte.

Die Vergütung erfolgt über die entsprechenden Positionen im LV.

Zu den Bestandsunterlagen gehören Lagepläne mit folgenden Angaben:

Angaben über Querneigungen und -wechsel, Einmessungen nach Lage und Höhe, Materialart, Dimension, Rohrlagerungsart:

- straßeneigene Entwässerungseinrichtungen
- Straßenoberflächenabwasser- und Drainagekanäle, Längs-, Quer- und Einzellage
- Quer- und Längsdurchlässe
- Straßenwasserabläufe mit Höhenangabe Einlauf, Ablauf
- Revisionsschächte, Einbinde- und Sohlhöhe
- Drainageleitungsausläufe
- Ein-, Auslauf- und Sohlenbefestigungen
- Lage von Sohlabstürzen mit Höhen

Angabe Kilometrierungszeichen, Einmessung Stationierungszeichen mit genauer Kilometerangabe

Straßenbreitenänderung bei Aufweitungen

Angabe der Abschnitte mit unterschiedlichen bzw. wechselnden Straßenaufbauten

- Veränderung an Straßen- und Wegeeinmündungen
- Neuanbindungen von Straßen- und Wegeeinmündungen
- Feld- und Waldzufahrten mit Breite und Befestigungsart
- Standorte der Schilder für Vorwegweisung und Verkehrszeichen mit Schildernummer
- Angaben über Höhen- und Tiefenpunkte

Die zu erstellenden Bestandsunterlagen sind anzufertigen und dem AG zu liefern.

Aufmaßverfahren

Entsprechend der technischen Vorschriften und Angaben im LV.

Aufmaße sind möglichst täglich und nur mit der Bauüberwachung zu erstellen.

Nachträglich erstellte Aufmaße über nicht kontrollierbare Leistungen werden nicht anerkannt. Jegliche Verwendung von elektronisch bzw. computertechnisch gestützten Verfahren zur Aufmaßfassung, -bearbeitung und -auswertung ist mit dem AG vor Verwendung abzustimmen.

Nachweis für Schichtdicken der Straßenkonstruktion

Der Nachweis für Schichtdicken der Straßenkonstruktion (als Aufmaß) obliegt dem AN.

Ungebundene Schichten

Den Nachweis für die vertragsgerechte Dicke des ungebundenen Oberbaues hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber durch ein Höhenprotokoll zu erbringen.

Dies kann durch ein gemeinsames Nivellement oder bei Vorhandensein von örtlich gesicherten festen Bezugspunkten und vorher erfassten Planumshöhen auch durch ein sogenanntes Schnürprotokoll erfolgen.

Erst dieser Nachweis berechtigt den AN zur weiteren Überbauung mit gebundenen Schichten. Alle dazu erforderlichen Aufwendungen werden nicht gesondert vergütet.

Gebundene Schichten

Vom AN ist eine elektromagnetische Schichtdickenmessung durchzuführen.

Der AN hat seine beabsichtigten Schichtdickenmessungen dem AG rechtzeitig anzukündigen und nur in seinem Beisein durchzuführen.

Das vorschriftsgemäße Vorbereiten, Verlegen, Fixieren, Markieren oder Einmessen der Gegenmesspole obliegt dem AN nach Rücksprache mit dem AG (i. d. R. nach abgestimmtem Verlegeplan).

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Gegenmesspole ausgeschrieben werden, welche nicht mehr von allen elektronischen Dickenmessgeräten erkannt werden.

1.14. Nachweise / Prüfungen

Eignungsnachweise/Eignungsprüfungen

Alle Eignungsnachweise und/oder Eignungsprüfungen sind positionsbezogen herzustellen. Sie müssen den geforderten Parametern des Bauvertrages entsprechen.

Für die Baumaßnahme werden die Eignungsnachweise/-prüfungen vertragswirksam, wenn sie vom AN unterzeichnet und vom AG mit einem „Gesehen“ - Vermerk gekennzeichnet sind. Die Unterlagen sind dem AG zu Baubeginn zu übergeben.

Sollten Einzelwerte bei der Eignungsnachweis/-prüfung für Asphalt nicht dem Vertrag entsprechen, so kann in Ausnahmefällen die Eignungsnachweis/-prüfung in Abstimmung mit dem AG modifiziert werden (z. B. Interpolation). Dem AG obliegt die Entscheidung, die vorgeschlagene Eignungsnachweis/-prüfung zu verwenden oder zu verwerfen.

Eigenüberwachungsprüfungen

Gemäß den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen hat der AN Eigenüberwachungsprüfungen durchzuführen. Bei Feststellung von Mängeln sind die Baustoffe sofort auszubauen und durch geeignete zu ersetzen.

Der AN hat die Eigenüberwachungsprüfungen dem AG zeitnah, jedoch spätestens bis zur Abnahme vorzulegen.

Die Anfangsgriffigkeit ist dem AG entweder durch das vollständig ausgefüllte Formblatt „Dokumentation der Eigenüberwachung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Anfangsgriffigkeit von Walzasphaltdeckschichten“ oder eine zu eigenen Lasten unmittelbar nach Fertigstellung der Decke durchzuführende SRT- Messung nachzuweisen.

Werden dabei die als Warnwerte geltenden Einheiten ≥ 55 nicht erreicht, behält sich der AG vor, Aufwendungen erforderlicher Maßnahmen zur Verkehrssicherung dem AN in Rechnung zu stellen.

Asphaltmischgut

Für die Kontrolle der Zusammensetzung des Mischgutes nach den vorgelegten Eignungsnachweisen/-prüfungen sind entsprechend der ZTV BEA bzw. der ZTV Asphalt

Mischgutproben von jeder Schicht zu entnehmen.

Voraussetzung für die Ermittlung der tatsächlichen Mischgutzusammensetzung ist eine sachgerechte Probenahme, die nach folgenden geltenden Regeln durchgeführt werden muss:

Abweichend von der DIN 1996, Blatt 2 - Prüfung bituminöser Massen für den Straßenbau - wird die Probenahme nach Abschnitt 5.1.1 aus dem Bereich der Verteilerschnecken der Straßenfertigerbohle durchgeführt. Dabei wird gemäß PR EN 12697 27 (Asphalt; Prüfverfahren für Heißasphalt, Teil 27: Probenahme) vorgegangen:

- Probenahmeschaufel Breite von max. 25 cm, Rand mind. 5 cm hoch,
- von jeder Seite des Fertiglers 2 Einzelproben von etwa 5 kg entnehmen, dabei müssen die Verteilerschnecken auf ihrer ganzen Länge gefüllt sein,
- die Schaufel ist vor der Schnecke in die Materialcharge zu drücken und das Material zu entnehmen, sobald diese voll ist,
- Vereinigung der 4 Einzelproben zur Sammelprobe (Eimerprobe), dabei ist der Eimer voll zu füllen und sofort zu verschließen,
- die Beschriftung hat dauerhaft, widerstandsfest am Eimer (nicht auf dem Deckel) zu erfolgen.

Hinweis für den Probenehmer: Die Gefahr der Entmischung steigt bei nicht vollgefüllten Schneckenkästen und in Richtung Schneckenenden. Es ist stets auf die Gefährdung durch sich bewegendende Maschinenteile und die beidseitig sichere Zugängigkeit an den Fertiger zu achten.

Die Mischgutproben mit den zugehörigen Entnahmeprotokollen sind dem AG zu übergeben. Lagerung der Proben und Transport erfolgen nur durch den AG bzw. durch die beauftragte Prüfstelle.

Prüfungen nach Gewicht

Zusätzlich zur ZVB/E-StB wird Folgendes geregelt:

Bleibt das Taragewicht des Transportfahrzeuges auf den Wiegescheinen konstant, so wird vom Auftraggeber ein Abzug von 3 v.H. des Nettogewichtes des betroffenen Transportgutes abgesetzt.

Schichtenverbund – siehe ZTV- Asphalt

Bei der Prüfung und Bewertung des Schichtenverbundes wird bei ungenügendem Schichtenverbund (Bohrkernentnahme) die Vergütung um 0,50 €/m² bezüglich zuzuordnender Fläche reduziert.

Bohrkernentnahme

Die Bohrkernentnahme hat unmittelbar nach Fertigstellung der zu kontrollierenden Schichten zu erfolgen (Verfestigungen oder Foundationsschichten vor weiterer Überbauung).

Die Bohrkernentnahmestellen legt der AG fest. Sind die Leistungen zur Bohrkernentnahme nicht im Leistungsverzeichnis enthalten, werden diese durch den AG mittels direkter Beauftragung über ein Prüflabor veranlasst.

Der AN hat dem AG rechtzeitig die Fertigstellung der durch Bohrung zu kontrollierenden Schicht anzuzeigen und so die gemeinsame Bohrkernentnahme zu sichern. Die Bohrkernentnahmen sind dem AG oder dem beauftragten Prüflabor zu übergeben.

1.15. Unfallverhütung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auf der Baustelle die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten und einzuhalten.

Bei eingetretenen Unfällen und/oder den Bauablauf beeinflussenden Störfällen hat der Auftragnehmer sofort nach Einleitung der erforderlichen Hilfs- und Rettungsmaßnahmen die zuständige örtliche Bauüberwachung zu verständigen und dem AG eine schriftliche Unfallanzeige vorzulegen.